

„Partizipation und Bürgerengagement – Stadt aktiv gestalten!“ 15. Oktober 2013, in der Kiezspinne in Lichtenberg

Ergebnisprotokoll/ Forderungen aus den Arbeitsgruppen

AG Bürgerhaushalt, Kiezfonds, Stadtteilbudgets

- Um einen bezirklichen Bürgerhaushalt gut durchführen zu können, muss ein überparteilicher Konsens in der BVV geschaffen werden.
- Der Zeitraum zwischen Vorschlag und Umsetzung von abgestimmten und legitimierten Vorschlägen muss möglichst kurz gehalten werden.
- Das Verfahren eines Bürgerhaushaltes muss möglichst gut institutionalisiert werden, damit die Bürgerschaft in der Lage ist die Politik entsprechend in die Pflicht zu nehmen.
- Bürgerhaushalte müssen zeitnah und begleitend evaluiert werden, um Änderungen und Nachbesserungen im Verfahren möglichst schnell durchführen zu können.
- Für das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen eines Bürgerhaushaltes muss eine bessere Anerkennungskultur entwickelt werden.

AG Bürger beraten Politik

- Beratung ist schön, zusätzlich muss es aber Verfahren geben, die echte Mitentscheidung ermöglichen.
- Wir brauchen mehr Verbindlichkeit.
- Beratungsgremien sind wichtige Orte, um Wissen in beide Richtungen auszutauschen.
- Es gibt eine ungleiche Machtverteilung einerseits zwischen Verwaltung und Bürger, andererseits zwischen verschiedenen Interessengruppen. Initiativen müssen sich besser vernetzen, um mehr Macht zu bekommen.
- Es braucht eine Plattform/ Vernetzung zur Willensbildung und zum Austausch unter den Bürgern. Die Stadtteilkoordinatoren leisten dort schon gute Arbeit.
- Beratungsgremien werden oft als Mittel genutzt, um Kritiker ruhigzustellen.
- Die kommunale Verbindung von Bürger und Verwaltung soll gestärkt werden. Man muss nicht unbedingt immer den weiten Weg zur BVV nehmen.

„Vielfältig nachhaltig für Berlin – zeig, was du machst!“ wird gefördert von:

AG Bürgerbeteiligung bei Bebauungsplänen und Flächennutzungen

- Alle Vorhaben müssen transparent gemacht werden, schon frühzeitig bei FNP-Änderungen.
- B-Pläne müssen lesbar sein. Es soll Info-Veranstaltungen zur Auslegung geben.
- Bürger sollen frühzeitig beteiligt werden (2teiliges Verfahren).
- Konzept und Verfahren sollen verbindlich geregelt werden. Dazu werden Forderungen vom Runden Tisch Liegenschaften erarbeitet.
- Die Methode Charette-Verfahren könnte ein Beispiel für „Konzept-Verfahren“ sein? Der Zeitpunkt zum Einsatz von Charette-Verfahren muss je im Einzelfall entschieden werden.
- Es ist wichtig Bündnispartner zu suchen, auch in den Verwaltungen. Die Sozialraum-Koordinatoren sollen einbezogen werden.
- Entschädigung für B.E.

Zusätzliche Bemerkungen

- Naturschutz wird den Stadtplanungsvorhaben und Entscheidungen untergeordnet. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen dürfen nicht nach Brandenburg „ausgelagert“ werden.
- Es herrscht Personalmangel in den Verwaltungen.
- Motivation zur BürgerInnenbeteiligung ist nötig, aber wie?
- Kommunikationsverfahren zur Beteiligung müssen finanziert werden.
- Problem Liegenschaftsfonds, Bieterverfahren
- Instrumente und finanzielle Mittel zum Vorkaufsrecht sollten bereitgestellt werden.

Forderungen für Bürgerbegehren

- Die Quorumsregelung soll verändert werden. Hier variierten die Meinungen zwischen „Abschaffen“ und „Verringern“.
- Eine Internet-Sammlung von Stimmen soll ermöglicht werden. Davor müssen allerdings noch verschiedene Probleme gelöst werden.
- Bürgerbegehren und Wahlen sollen zusammengelegt werden.
- Die aufschiebende Wirkung ab der 2. Stufe eines Bürger(/Volks-)begehrens sollte als politische Selbstverpflichtung gelten.

Ideen:

- demokratischer Initiationsritus
- 50% der Siedlungsfläche Berlins in kommunaler Hand > Einspruchsmöglichkeit schon vor Kauf eines Grundstücks

„Vielfältig nachhaltig für Berlin – zeig, was du machst!“ wird gefördert von: